

AUSSPRACHE

Gewerkschaften und ausländische Arbeitnehmer

Im Zusammenhang mit dem Aufsatz „Zur Öffentlichkeitsarbeit der Gewerkschaften“ im Juniheft 1965 der GM möchte ich auf zwei Gesichtspunkte hinweisen.

Meines Erachtens ist es unbedingt notwendig, daß auf die negative Meinungsbildung bezüglich der ausländischen Arbeitnehmer ständig und energisch von Gewerkschaftsseite reagiert wird.

Ohne jetzt näher zu untersuchen, wie es dazu kam, daß bei einer Meinungsumfrage ein Ergebnis zustande kam, nach dem angeblich die - Mehrzahl der Bevölkerung für eine Verlängerung der Arbeitszeit eintritt unter der Voraussetzung, daß keine weiteren ausländischen Arbeitskräfte in die Bundesrepublik kommen, so bleibt doch, selbst wenn man unterstellt, daß die Fragestellung so geschickt manipuliert wurde, daß das (vielleicht erwünschte?) Ergebnis zustande kam, die Tatsache bestehen, daß gewisse Ressentiments gegen die Ausländer — sei es bewußt oder unbewußt — bereits vorhanden sind, die sich eben leicht aktivieren lassen.

Vor einigen Wochen brachte die Presse die Meldung, daß in einem Kölner Heim Rentner in den Keller ziehen mußten, damit ausländische Arbeiter in die oberen Geschosse ziehen konnten. Bei Unterhaltungen kann man leicht feststellen, daß der „Volkszorn“ sich nicht gegen die für diese Umsiedlungsaktion verantwortlichen Deutschen richtet, sondern gegen die Ausländer.

Ich bin der Meinung, daß die seit langem schwelende Mißstimmung in Gebieten mit starkem Ausländeranteil unter den Arbeitnehmern („Die Italiener spannen uns die Mäd-

dien aus", „Die Leute lungern herum", dies sind Reden, die man sehr oft hört) eines Tages zu unliebsamen Zusammenstößen führen kann, wenn keine intensive und ständige Aufklärungsarbeit von Gewerkschaftsseite geleistet wird.

Außerdem möchte ich ein weiteres Problem ansprechen, das zwar von den Gewerkschaften erkannt ist, zu dessen Lösung aber m. W. bisher nichts unternommen wurde. Die ausländischen Arbeitskräfte haben alle langfristige Verträge für wenigstens ein Jahr. Kündigt der Unternehmer ohne triftigen Grund, so muß er Konventionalstrafe zahlen. Was läge näher, als daß bei einem Konjunkturrückgang, den man nicht einfach ins Reich der Utopie verweisen kann, deutsche Arbeitskräfte entlassen würden, während man die Ausländer mindestens bis zum Auslaufen des Vertrages behält, vielleicht sogar ganz gern noch länger, um der deutschen Arbeitnehmerschaft endlich einmal wieder ganz drastisch vor Augen führen zu können, wie abhängig sie von ihrem „Brotherrn" (das Wort existiert ja noch heute z. B. bei den Benteler-Werken) ist.

Die Gewerkschaften sollten auf der einen Seite aktiver werden, um die in weiten Teilen der Öffentlichkeit bereits bestehende negative Haltung gegenüber den ausländischen Arbeitnehmern abzubauen, und auf der anderen Seite dafür sorgen, daß rechtzeitig die Kündigungsfristen der *deutschen* Arbeitnehmerschaft so gestaltet werden, daß keine Nachteile gegenüber Ausländern entstehen können. Das wird sicher nicht leicht sein, und es ist zu befürchten, daß neue Ressentiments geweckt werden, aber offensichtlich sind von Gewerkschaftsseite beim Anlaufen der Ausländerwerbung in dieser Hinsicht Unterlassungssünden begangen worden, die jetzt korrigiert werden müssen. *Jutta Henke, Moers*

Zur Diskussion über Vermögensbildung

Mit großem Interesse verfolge ich in Ihrer Zeitschrift die Diskussion über die Probleme der Vermögensbildung. Mit besonderem Interesse las ich in Nr. 6, Juni 1965, den Artikel von *Elmar Alivater* „Vermögensbildung und sozialökonomische Gegenkräfte", der die Auffassung vertritt, daß die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand grundsätzlicher Strukturänderungen in unserer Gesellschaft bedarf (S. 346).

Im Gegensatz hierzu wird im Artikel „Vermögensbildung als ‚Glaubensfrage'" von Dr. *Eberhard Müller* im gleichen Heft auf den Seiten 338 bis 341 auch meine Broschüre „Noch'n Vermögensplan" erwähnt und in zwei wesentlichen Punkten falsch wiedergegeben bzw. falsch interpretiert. Es heißt dort auf Seite 341:

„Die Überführung der Schlüsselindustrien , und anderer markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum', bezeichnet er (Bramkamp) *als den einzig realen Weg* (hervorgehoben von mir, H. B.), ‚um sowohl die Verfügungsgewalt der kleinen Zahl Konzernmilliardäre einzuschränken und zu beseitigen und auch die ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung zu überwinden'."

In Wirklichkeit schrieb ich aber, daß dies *ein realer Weg ist* (S. 41). In meiner Broschüre habe ich diesen meinen Standpunkt ausführlich begründet und nachgewiesen, daß ich 1. für eine Erhöhung des sich in den Händen der Arbeiter befindlichen Konsumtionsvermögens und 2. dafür eintrete, daß die Arbeiterklasse Verfügungsgewalt über das Produktivvermögen erlangt.

Die Erhöhung der Konsumtionsvermögen erfolgt vor allem über eine aktive Lohnpolitik:

„... Eine aktive Lohnpolitik erfordert doch völlig neue Maßstäbe. Wenn wir davon ausgehen, daß wir uns erst an der Schwelle einer schnellen technischen Umwälzung befinden, so müssen doch die Gewerkschaften ins Auge fassen, in einem relativ kurzen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren... die Reallöhne zu verdoppeln." (S. 27.)

In meiner Broschüre behandelte ich auch das Problem, in Städten und Gemeinden mit Unterstützung der Länder und in Zusammenarbeit mit den Bauhütten, den kommunalen und gewerkschaftlichen Wohnungsbaugesellschaften sowie der Bank für Gemeinwirtschaft, Gemeineigentum in Form modernster Werke für den Fertigungsbau zu errichten, um unter den besten Arbeitsbedingungen und den besten Löhnen zugleich die Bevölkerung mit billigen Wohnungen in höchster Qualität zu versorgen (S. 45). Ich sehe auch Möglichkeiten, das sich bereits heute in den Händen der Gewerkschaften befindliche Eigentum zur Stärkung der Position der Arbeiterklasse auszunutzen. Ich denke hierbei vor allem an die Bank für Gemeinwirtschaft, die Konsumgenossenschaften, die Alte Volksfürsorge usw. Es ist also eine Unterstellung, wenn Dr. Müller die Behauptung aufstellt, daß in der Konsequenz meiner Gedanken eine Lösung der Eigentumsprobleme enthalten wäre, die „höchstens noch mit Hilfe eines vom Osten unterstützten gewaltsamen Umsturzes" denkbar sei. Aus meinen Darlegungen geht eindeutig hervor, daß die von mir entwickelten Vorstellungen im Rahmen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland verwirklicht werden könnten und daß sie dazu beitragen sollen, die Wirklichkeit der Bundesrepublik so zu verändern, daß sie mit dem Grundgesetz übereinstimmt.

Obwohl ich nicht nur *eine* Möglichkeit zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand sehe,

brachte ich unmißverständlich zum Ausdruck, daß in allen Bereichen die Mitbestimmung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften vonnöten ist:

„Bei der Mitbestimmung kommt es darauf an, daß künftig nicht wie bisher alle wesentlichen Entscheidungen, die das Schicksal des Betriebes, des Konzerns, des Wirtschaftszweiges und der gesamten Volkswirtschaft betreffen, selbstherrlich von den Unternehmern allein, sondern von den Arbeitern und ihren Gewerkschaften getroffen werden. Es handelt sich vor allem um die Investitionspolitik, die Höhe des Profits, die Löhne, die Arbeitsbedingungen und die Sozialleistungen.

Die Mitbestimmung wird dann am erfolgreichsten sein, wenn die Arbeiter und ihre Organisationen in einem Betrieb mit einer Verwaltung arbeiten, die in ihrem Auftrag handelt, das ist aber nur möglich, wenn in den Großbetrieben kein Privateigentum besteht, sondern diese Betriebe in Gemeineigentum überführt sind.“ (S. 41.)

Zugleich vertrete ich die Ansicht:

„Wenn die Arbeiterklasse ihre Lebenslage dauerhaft verbessern will, ist es unumgänglich,

die Macht der Kapitaleigentümer einzuschränken, mehr Mitbestimmungsrechte durchzusetzen und letztlich über eine demokratische Umgestaltung der Gesellschaft zu erreichen, daß die unmittelbaren Produzenten die volle Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel erlangen.“ (S. 20.)

„Der gesellschaftliche Charakter der Produktion und die gegenseitige Abhängigkeit der einzelnen Wirtschaftszweige voneinander machen das Privateigentum an den Produktionsmitteln überflüssig und erfordern gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln und eine planvolle Entwicklung der Wirtschaft. Was die Arbeiter brauchen, ist kein fiktives oder Scheineigentum, sondern ein höherer Lebensstandard und zusammen mit allen Arbeitern die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel.“ (S. 21.)

Aus allem ergibt sich, daß meine Vorstellungen nicht, wie Dr. Müller behauptet, politisch unreal sind, daß sie nicht weltanschaulich voreingenommen sind, sondern, ausgehend von einer Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Bundesrepublik, versuchen, den Interessen der Arbeiterklasse gerecht zu werden.

Heinrich Brankamp, Bochum